

No. 3989

NETHERLANDS
and
FEDERAL REPUBLIC OF GERMANY

Exchange of notes constituting an agreement on extradition.
The Hague, 1 December 1956

Exchange of notes supplementary to the above-mentioned
Agreement. The Hague, 14 and 27 May 1957

Official texts: Dutch and German.

Registered by the Netherlands on 3 September 1957.

PAYS-BAS
et
RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE D'ALLEMAGNE

Échange de notes constituant un accord relatif à l'extradi-
tion. La Haye, 1^{er} décembre 1956

Échange de notes supplémentaires à l'Accord susmentionné.
La Haye, 14 et 27 mai 1957

Textes officiels néerlandais et allemand.

Enregistrés par les Pays-Bas le 3 Septembre 1957.

No. 3989. EXCHANGE OF NOTES CONSTITUTING AN AGREEMENT¹ BETWEEN THE NETHERLANDS AND THE FEDERAL REPUBLIC OF GERMANY ON EXTRADITION. THE HAGUE, 1 DECEMBER 1956

N° 3989. ÉCHANGE DE NOTES CONSTITUANT UN ACCORD¹ ENTRE LES PAYS-BAS ET LA RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE D'ALLEMAGNE RELATIF À L'EXTRADITION. LA HAYE, 1^{er} DÉCEMBRE 1956

I

[GERMAN TEXT — TEXTE ALLEMAND]

BOTSCHAFT DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND
DEN HAAG

541-01/2192

Den Haag, den 1. Dezember 1956

Herr Aussenminister,

nachdem in Verhandlungen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung des Königreiches der Niederlande festgestellt worden ist, dass beide Regierungen übereinstimmend wünschen, den Auslieferungsvertrag zwischen dem Deutschen Reich und den Niederlanden vom 31. Dezember 1896 in Verhältnis zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich der Niederlande wiederanzuwenden, beehre ich mich, Eurer Exzellenz mitzuteilen, dass dieser Vertrag mit Ausnahme von Artikel 17 und unter Beachtung nachstehender Bestimmungen vom 1. Dezember 1956 an von der Bundesrepublik Deutschland wieder angewendet wird :

1.) Ist die Auslieferungstat nach dem Gesetz des ersuchenden Staates, nicht aber nach dem des ersuchten Staates mit der Todesstrafe bedroht, so findet eine Auslieferung nicht statt, wenn nicht hinreichend gesichert ist, dass der ersuchende Staat eine von seinen Gerichten etwa erkannte Todesstrafe nicht vollstrecken wird.

2.) Im Sinne dieses Vertrages gelten als Deutsche bzw. Niederländer nicht nur diejenigen Personen, welche die deutsche bzw. niederländische Staatsangehörigkeit besitzen, sondern auch die ihnen gesetzlich gleichgestellten Personen.

3.) Bei der Entscheidung über ein Auslieferungsersuchen wird im gegebenen Fall das politische Asylrecht beachtet.

4.) Rechtshilfe nach Artikel 12 des Auslieferungsvertrages wird auch geleistet :
a) in Strafsachen gegen Angehörige des ersuchten Staates ohne Rücksicht auf den Aufenthaltsort dieser Personen,

¹ Came into force on 1 December 1956 by the exchange of the said notes.

¹ Entré en vigueur le 1^{er} décembre 1956 par l'échange desdites notes.

- b) in Strafsachen wegen Zuwiderhandlungen gegen die Zoll-, Steuer- und Devisengesetze,
- c) in Strafsachen wegen Übertretungen,
- d) in Gnadensachen.

5.) Die Verpflichtung zur Rechtshilfe nach Artikel 12 des Auslieferungsvertrages wird ausgedehnt :

- a) auf die Vernehmung des Beschuldigten,
- b) auf Rechtshilfehandlungen in den bei Justizbehörden anhängigen Verfahren wegen Zuwiderhandlungen, die nach deutschem Recht Ordnungswidrigkeiten sind,
- c) auf Rechtshilfehandlungen in Angelegenheiten, betreffend die Entschädigung für unschuldig erlittene Haft.

6.) Die Behörden der Vertragsparteien übergeben einander ausserhalb eines Auslieferungsverfahrens auf Ersuchen Gegenstände, die als Beweismittel in einem Strafverfahren dienen können. Rechte des ersuchten Staates und Rechte Dritter an diesen Gegenständen bleiben unberührt. Werden solche Rechte geltend gemacht, so werden die Gegenstände nach Beendigung des Verfahrens unverzüglich und kostenfrei der ersuchten Behörde zurückgegeben, sofern diese nicht ausdrücklich darauf verzichtet.

7.) Für nichtpolitische Strafverfahren übermitteln sich die Justizbehörden der Vertragsparteien gegenseitig auf Ersuchen Auszüge aus dem Strafregister und andere Auskünfte über Vorstrafen von Personen.

Diese Auskünfte werden im gleichen Umfange erteilt, wie für die Strafverfahren des ersuchten Staates.

Die niederländischen Strafgerichte und Staatsanwaltschaften wenden sich mit ihren Ersuchen um Erteilung eines Auszuges aus dem Strafregister,

wenn die betreffende Person innerhalb des Gebietes der Bundesrepublik Deutschland geboren ist,

an den Oberstaatsanwalt bei dem Landgericht, in dessen Bezirk der Geburtsort liegt;

wenn sie in Berlin geboren ist,

an den Generalstaatsanwalt beim Landgericht in Berlin (West),

wenn sie ausserhalb des Gebietes der Bundesrepublik und des Landes Berlin geboren ist oder ihr Geburtsort zweifelhaft oder nicht zu ermitteln ist,

an den Oberbundesanwalt bei dem Bundesgerichtshof — Bundesstrafregister — in Berlin-Charlottenburg, Soorstrasse 84.

Die deutschen Strafgerichte und Staatsanwaltschaften wenden sich mit ihren Ersuchen um Erteilung eines Auszuges aus dem Strafregister, wenn die betroffene Person innerhalb des europäischen Gebietes des Königreiches der Niederlande geboren ist,

an den „Officier van Justitie“, in dessen Amtsbereich der Geburtsort liegt, andernfalls

an das Justizministerium in Den Haag.

8.) a) Der Auslieferungsvertrag bildet keine Grundlage für Rechtshilfe in rein militärischen Strafsachen.

b) Ein Ersuchen um Rechtshilfe nach Artikel 12 des Vertrages kann nur abgelehnt werden, wenn der Beschuldigte sich im Gebiet des ersuchten Staates befindet und die zuständige Justizbehörde dieses Staates erklärt, dass sie den Beschuldigten wegen der

dem Rechtshilfeersuchen zu Grunde liegenden Tat selbst strafrechtlich verfolgen wird oder dass sie die Strafverfolgung bereits eingeleitet oder durchgeführt hat.

c) Rechtshilfe wird nicht geleistet, wenn sie geeignet wäre, wesentliche Interessen des ersuchten Staates zu gefährden.

9.) Die Ersuchen um Rechtshilfe sowie die Erledigungsstücke können stets von den Justizbehörden des einen Staates unmittelbar den Justizbehörden des anderen Staates übermittelt werden.

Die Vertragsparteien werden Verzeichnisse der zur Stellung und zur Entgegennahme solcher Ersuchen zuständigen Behörden untereinander austauschen.

10.) Artikel 13 des Vertrages findet auch auf Sachverständige Anwendung.

Die ersuchende Behörde wird in dem Ersuchen um Ladung eines Zeugen oder Sachverständigen die voraussichtliche Höhe der zu gewährenden Entschädigung mitteilen.

11.) Die Beifügung von Übersetzungen in die Sprache des anderen Staates kann im Auslieferungsverkehr und bei der sonstigen Rechtshilfe nicht verlangt werden.

12.) Der Austausch von Strafnachrichten nach Artikel 16 des Vertrages erstreckt sich auch auf Übertretungen, die in das Strafregister eingetragen werden.

Der Austausch geschieht in der Weise, dass in Abständen von drei Monaten Abschriften der für das Strafregister bestimmten Nachrichten vom Bundesministerium der Justiz an das niederländische Justizministerium und umgekehrt übermittelt werden.

13.) Ersucht ein Zivilgericht oder eine Verwaltungsbehörde um Rechtshilfe durch Erteilung eines Auszuges aus dem Strafregister, so ist das Ersuchen zu begründen. Wird ein solches Ersuchen von niederländischer Seite gestellt, so ist es an das Bundesministerium der Justiz, wird es von deutscher Seite gestellt, an das niederländische Justizministerium zu richten.

14.) Diese Vereinbarung gilt auf deutscher Seite auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung des Königreiches der Niederlande innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten der Vereinbarung eine gegenteilige Erklärung abgibt.

Sie gilt auf niederländischer Seite nur für die Niederlande. Durch späteren Notenwechsel kann die Vereinbarung mit oder ohne Änderung auf eines oder mehrere der überseeischen Gebiete des Königreiches erstreckt werden.

15.) Diese Vereinbarung findet auf Taten Anwendung, die nach dem 26. Juli 1951 begangen worden sind.

Ich habe die Ehre, Eurer Excellenz den Vorschlag zu unterbreiten, dass, falls die Vereinbarung die Billigung der Regierung des Königreiches der Niederlande findet, die vorliegende Note und Ihre Antwortnote als verbindlich für diese Vereinbarung gelten mögen.

Ich benutze die Gelegenheit, Eurer Excellenz die Versicherung meiner ausgezeichnetsten Hochachtung zu erneuern.

(gez.) H. MÜHLENFELD
Botschafter

An Seine Exzellenz den Minister der Auswärtigen Angelegenheiten
Herrn Mr. J. M. A. H. Luns
Den Haag

[TRANSLATION]

EMBASSY OF THE FEDERAL REPUBLIC
OF GERMANY
THE HAGUE

541-01/2192

The Hague, 1 December 1956

Your Excellency

Since it has been established by negotiations between the Government of the Federal Republic of Germany and the Government of the Kingdom of the Netherlands that both Governments desire that the Extradition Agreement of 31 December 1896¹ between the German Empire and the Netherlands should again be applied in the relations between the Federal Republic of Germany and the Kingdom of the Netherlands, I have the honour to inform you that this Agreement, with the exception of article 17 thereof, will again be applied by the Federal Republic of Germany from 1 December 1956, subject to the following provisions :

(1) If the offence for which extradition is requested is subject to the death penalty under the law of the requesting country but not under that of the country to which the request is made; extradition shall not take place unless adequate assurance is furnished that the requesting country will not carry out a death sentence imposed by its courts.

(2) For the purposes of this Agreement, not only those persons who possess German or Netherlands nationality, as the case may be, but also persons who by law are

[TRADUCTION]

AMBASSADE DE LA RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE
D'ALLEMAGNE
LA HAYE

541-01/2192

La Haye, le 1^{er} décembre 1956

Monsieur le Ministre,

Les négociations qui ont eu lieu entre le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne et le Gouvernement du Royaume des Pays-Bas ayant établi que les deux Gouvernements désirent remettre en vigueur, entre la République fédérale d'Allemagne et le Royaume des Pays-Bas le Traité d'extradition conclu le 31 décembre 1896¹ entre l'Empire allemand et les Pays-Bas, j'ai l'honneur de faire savoir à Votre Excellence que la République fédérale d'Allemagne appliquera à nouveau ce Traité, à l'exception de l'Article 17 et compte tenu des dispositions suivantes :

1. Lorsque le fait punissable qui motive la demande d'extradition entraîne la peine de mort d'après la législation de l'État requérant, mais non d'après celle de l'État requis, l'extradition n'aura pas lieu s'il n'y a pas de garantie suffisante que l'État qui demande l'extradition n'appliquera pas une condamnation à mort qui serait éventuellement prononcée par ses tribunaux.

2. Seront considérés respectivement comme ressortissants allemands ou néerlandais, au sens du présent Traité, non seulement ceux qui possèdent la nationalité

¹ De Martens, *Nouveau Recueil général de Traités*, deuxième série, tome XXIII, p. 423.

¹ De Martens, *Nouveau Recueil général de Traités*, deuxième série, tome XXIII, p. 423.

placed on the same footing as German or Netherlands nationals shall be deemed to be German or Netherlands nationals.

(3) Where applicable, the right of political asylum shall be respected in deciding on a request for extradition.

(4) Legal assistance shall also be furnished in accordance with article 12 of the Extradition Agreement :

- (a) In criminal proceedings against nationals of the country to which the request is made, regardless of their place of residence,
- (b) In criminal proceedings taken on account of violations of the customs, tax and foreign exchange regulations,
- (c) In proceedings for petty offences,
- (d) In pardon cases.

(5) The obligation to render legal assistance in accordance with article 12 of the Extradition Agreement shall be extended to include :

- (a) The examination of accused persons,
- (b) Acts of legal assistance in cases *sub judice* involving contraventions classified as petty offences (*Ordnungswidrigkeiten*) under German law,
- (c) Acts of legal assistance in matters involving compensation to innocent persons for unjustified arrest.

(6) The authorities of the Contracting Parties shall on request and without extradition proceedings deliver to each other objects which may be used as evidence in criminal proceedings. The rights of the country to which the request is made and of third parties to those objects shall not be affected thereby. If these rights are exercised, the objects shall be returned free of charge to the authorities of whom the request was made immediately after the conclusion of the proceedings, unless those authorities waive their rights expressly.

allemande ou néerlandaise, mais aussi les personnes qui leur sont légalement assimilées.

3. Lorsqu'une décision devra être prise au sujet d'une demande d'extradition, il sera tenu compte, le cas échéant, du droit d'asile politique.

4. L'aide judiciaire prévue à l'article 12 du Traité d'extradition sera également accordée :

- a) Dans les poursuites intentées à des ressortissants de l'État requis, quel que soit le lieu de résidence de l'intéressé;
- b) Dans les poursuites intentées à raison d'infractions aux lois sur les douanes, les impôts ou les devises;
- c) Dans les poursuites intentées à raison de contraventions;
- d) Dans les recours en grâce;

5. L'obligation d'accorder l'entraide judiciaire prévue à l'article 12 du Traité d'extradition comprend également :

- a) L'interrogatoire de l'inculpé;
- b) Les opérations d'entraide judiciaire dans les affaires qui sont en instance auprès des autorités judiciaires à raison d'infractions constituant, en droit allemand, des *Ordnungswidrigkeiten*;
- c) Les opérations d'entraide judiciaire dans les affaires relatives à l'indemnisation pour détention non justifiée.

6. En dehors de la procédure d'extradition, les autorités des deux États se transmettront l'une à l'autre, sur demande, les objets qui pourraient servir de pièces à conviction dans un procès criminel, le tout sans préjudice des droits des tiers sur lesdits objets. Si ces droits sont invoqués, les objets seront rendus sans délai et sans frais à l'autorité requise, à moins qu'elle n'y renonce expressément.

(7) In non-political criminal cases, the judicial authorities of the Contracting Parties shall deliver to each other on request excerpts from the penal register and other information regarding previous convictions of persons.

As much information shall be transmitted as would be required for criminal proceedings in the country to which the request is made.

Requests for the delivery of excerpts from the penal register shall be sent by Netherlands criminal courts and offices of the public prosecutors :

If the person concerned was born within the territory of the Federal Republic of Germany : to the chief public prosecutor (*Oberstaatsanwalt*) of the *Land* court having jurisdiction over his place of birth;

If the person concerned was born in Berlin : to the Attorney-General (*Generalstaatsanwalt*) of the *Land* court of Berlin (West);

If the person concerned was born outside the territory of the Federal Republic or the *Land* Berlin or if his place of birth is doubtful or cannot be ascertained : to the Chief Federal Prosecutor (*Oberbundesanwalt*) of the Federal Court (*Bundesgerichtshof*) — Federal Penal Register (*Bundesstrafregister*), 84 Soorstrasse, Berlin — Charlottenburg.

Requests for the delivery of excerpts from the penal register shall be sent by German criminal courts and offices of the public prosecutors, (*Staatsanwaltschaft*) if the person concerned was born within the European territory of the Kingdom of the Netherlands, to the public prosecutor of the district court (*Officier van Justitie*) in whose area of jurisdiction the birthplace is situated; and in other cases to the Ministry of Justice at The Hague.

(8) (a) The Extradition Agreement shall not constitute a basis for legal assistance

7. Pour les procès criminels sans caractère politique, les autorités judiciaires des deux États se communiqueront l'une à l'autre, sur demande, des extraits du casier judiciaire et d'autres renseignements concernant les antécédents judiciaires.

Ces renseignements seront communiqués dans la même mesure que s'il s'agissait d'une poursuite pénale de l'État requis.

Les juges néerlandais chargés de l'instruction des affaires pénales et les membres du Ministère public néerlandais adresseront les demandes d'extraits du casier judiciaire :

À l'*Oberstaatsanwalt* près le *Landsgericht* dans le ressort duquel est situé le lieu de naissance, lorsque l'intéressé est né sur le territoire de la République fédérale d'Allemagne;

Au *Generalstaatsanwalt* près le *Landsgericht* de Berlin (Ouest), lorsque l'intéressé est né à Berlin;

À l'*Oberbundesanwalt* près le *Bundesgerichtshof* — *Bundesstrafregister* — à Berlin-Charlottenburg, Soorstrasse 84, lorsque l'intéressé est né hors du territoire de la République fédérale et du *Land* de Berlin, ou lorsque son lieu de naissance est incertain ou inconnu.

Les juges allemands chargés de l'instruction des affaires pénales et les membres du Ministère public allemand (*Staatsanwaltschaft*) adresseront les demandes d'extraits du casier judiciaire à l'*Officier van Justitie* dans le ressort duquel est situé le lieu de naissance, lorsque l'intéressé est né sur le territoire européen du Royaume des Pays-Bas; au Ministère de la justice à La Haye, dans les autres cas.

8. a) Le Traité d'extradition ne peut servir de base à l'entraide judiciaire dans

in criminal cases of a purely military character.

(b) A request for legal assistance in accordance with article 12 of the Agreement shall not be refused unless the accused person is in the territory of the country to which the request is made and the competent judicial authorities of that country state that they will themselves take criminal proceedings against the accused person for the act which has given rise to the request for legal assistance, or that they have already begun or completed the criminal proceedings.

(c) Legal assistance shall not be given if it is likely to be detrimental to the essential interests of the country to which the request is made.

(9) Requests for legal assistance as well as the material documents may always be sent direct from the judicial authorities of one country to the judicial authorities of the other.

The Contracting Parties shall exchange lists of the authorities competent to submit and to receive such requests.

(10) Article 13 of the Agreement shall also apply to expert witnesses.

The requesting authorities shall state in their request for the summons of a witness or an expert witness the estimated amount of the compensation to be paid to him.

(11) No demand for the inclusion of translations into the language of the other country shall be made in extradition proceedings and other proceedings for legal assistance.

(12) The exchange of penal information in accordance with article 16 of the Agreement shall also include petty offences entered in the penal register.

The exchange shall take place in such manner that copies of the particulars intended for the penal register shall be

des affaires criminelles concernant des délits purement militaires.

b) L'entraide judiciaire prévue à l'article 12 du Traité d'extradition ne peut être refusée que si l'inculpé se trouve sur le territoire de l'État requis et si l'autorité judiciaire compétente de cet État déclare qu'elle poursuivra elle-même l'inculpé à raison du fait punissable qui est à l'origine de la demande d'entraide judiciaire, ou qu'elle a déjà engagé ou terminé la poursuite.

c) L'entraide judiciaire n'est pas accordée lorsqu'elle risquerait de porter atteinte à des intérêts essentiels de l'État requis.

9. Les autorités judiciaires d'un État pourront transmettre immédiatement aux autorités judiciaires de l'autre État les demandes d'entraide judiciaire et les décisions qui s'y rapportent.

Les Parties contractantes échangeront des listes des autorités habilitées à présenter et à recevoir ces demandes.

10. Les dispositions de l'article 13 du Traité s'appliquent également aux experts.

L'autorité requérante fera connaître, dans sa demande de convocation, d'un témoin ou d'un expert, le montant de l'indemnité qu'elle se propose d'allouer.

11. Il ne sera pas exigé de traduction dans la langue de l'autre État des pièces relatives à l'extradition ou aux autres demandes d'entraide judiciaire.

12. L'échange de renseignements touchant les condamnations, prévu à l'article 16 du Traité, comprend les contraventions dont la mention figure au casier judiciaire.

Cet échange sera effectué moyennant l'envoi, tous les trois mois, des copies des condamnations par le Ministère fédéral de

forwarded by the Federal Ministry of Justice to the Netherlands Ministry of Justice and vice versa at intervals of three months.

(13) A civil court or administrative authority requesting legal assistance by the communication of an excerpt from the penal register shall be required to justify the request. If such a request is made by an authority in the Netherlands it shall be addressed to the Federal Ministry of Justice and if made by a German authority it shall be addressed to the Netherlands Ministry of Justice.

(14) This Agreement shall apply on the German side to the *Land* Berlin unless the Government of the Federal Republic of Germany declares otherwise to the Government of the Kingdom of the Netherlands within a period of three months after the entry into force of the Agreement.

The Agreement shall apply on the Netherlands side only to the Netherlands. It may be extended with or without alterations to one or more of the Overseas Territories of the Kingdom by means of an exchange of notes at a later date.

(15) This Agreement shall apply to acts committed after 26 July 1951.

I have the honour to propose that if the Government of the Kingdom of the Netherlands approves of the Agreement, this note and your note of reply shall be considered as constituting this Agreement.

I have the honour etc.

(Signed) H. MÜHLENFELD
Ambassador

His Excellency
Mr. J. M. A. H. Luns
Minister of Foreign Affairs
The Hague

la justice au Ministère de la justice des Pays-Bas, et vice versa.

13. Lorsqu'un tribunal civil ou une autorité administrative demande au titre de l'entraide judiciaire la délivrance d'un extrait du casier judiciaire, la demande doit être motivée. Elle est adressée, par l'autorité néerlandaise au Ministère fédérale de la justice, et par l'autorité allemande au Ministère de la justice des Pays-Bas.

14. Le présent Accord s'appliquera également, en ce qui concerne la Partie allemande, au *Land* de Berlin, à moins que le Gouvernement de la République fédérale n'adresse une déclaration en sens contraire au Gouvernement du Royaume des Pays-Bas, dans les trois mois qui suivront l'entrée en vigueur de l'Accord.

En ce qui concerne le Royaume des Pays-Bas, l'Accord ne s'appliquera qu'aux Pays-Bas. Par un échange de notes ultérieur, il pourra être étendu, avec ou sans modifications, à un ou plusieurs des territoires d'outre-mer du Royaume des Pays-Bas.

15. Le présent Accord s'appliquera aux faits commis après le 26 juillet 1951.

J'ai l'honneur de proposer que, si le Gouvernement des Pays-Bas donne son agrément au présent Accord, la présente note et la réponse de Votre Excellence soient considérées comme établissant formellement ledit Accord.

Je saisis, etc.

(Signé) H. MÜHLENFELD
Ambassadeur

A Son Excellence
Monsieur J. M. A. H. Luns
Ministre des affaires étrangères
La Haye

II

[DUTCH TEXT — TEXTE NÉERLANDAIS]

MINISTERIE VAN BUITENLANDSE ZAKEN

No. 159196

's-Gravenhage, 1 december 1956

Mijnheer de Ambassadeur,

Hierbij moge ik Uwer Excellentie de ontvangst bevestigen van Haar brief van heden, No. 541-01/2192, waarbij Zij mededeelt :

„Nu bij onderhandelingen tussen de regering van de Bondsrepubliek Duitsland en de regering van het Koninkrijk der Nederlanden is vastgesteld, dat beide regeringen over en weer de wens koesteren het op 31 december 1896 tussen het Duitse Rijk en Nederland gesloten Uitleveringsverdrag weder toe te passen tussen de Bondsrepubliek Duitsland en het Koninkrijk der Nederlanden, heb ik de eer Uwer Excellentie mede te delen dat dit verdrag, met uitzondering van artikel 17 en met inachtneming van de navolgende bepalingen, met ingang van 1 december 1956 weder door de Bondsrepubliek Duitsland wordt toegepast :

1. Is op het strafbare feit, terzake waarvan uitlevering wordt gevraagd, volgens de wetgeving van de verzoekende staat, doch niet volgens die van de aangezochte staat, de doodstraf gesteld, dan blijft uitlevering achterwege, indien niet voldoende is gewaarborgd, dat de verzoekende staat een door een van zijn gerechten eventueel opgelegde doodstraf niet ten uitvoer zal leggen.

2. In de zin van dit verdrag worden als Duitsers onderscheidenlijk Nederlanders, niet alleen beschouwd degenen die de Duitse, onderscheidenlijk de Nederlandse, nationaliteit bezitten, maar ook de wettelijk met hen gelijkgestelde personen.

3. Bij de beslissing op een verzoek om uitlevering wordt in de daarvoor in aanmerking komende gevallen rekening gehouden met het recht van politiek asyl.

4. Rechtshulp ingevolge artikel 12 van het Uitleveringsverdrag wordt ook verleend :

- a.* in strafzaken tegen eigen onderdanen van de aangezochte staat, ongeacht de verblijfplaats van deze personen;
- b.* in strafzaken wegens vergrijpen tegen de douane-, belasting- en deviezenwetten;
- c.* in strafzaken wegens overtredingen;
- d.* ten behoeve van de behandeling van gratieverzoeken.

5. De verplichting tot rechtshulp ingevolge artikel 12 van het Uitleveringsverdrag strekt zich mede uit :

- a.* tot het horen van verdachten;
- b.* tot daden van rechtshulp in gedingen welke bij een rechterlijk orgaan aanhangig zijn wegens een vergrijp dat naar Duits recht als een „Ordnungswidrigkeit” wordt aangemerkt;

c. tot daden van rechtshulp voor de behandeling van een verzoek om vergoeding voor ten onrechte ondergane vrijheidsbeneming.

6. Buiten het geval van uitlevering doen de autoriteiten van beide staten elkander op verzoek voorwerpen toekomen, welke als bewijsmiddel in een strafgeding kunnen dienen. Rechten van de aangezochte staat en rechten van derden op deze voorwerpen blijven onverlet. Indien op zodanige rechten een beroep wordt gedaan, dan worden de voorwerpen na beëindiging van het geding onverwijld en vrij van kosten aan de aangezochte autoriteit teruggegeven, voorzover deze er niet uitdrukkelijk afstand van doet.

7. De rechterlijke organen van de beide staten verstrekken elkander over en weer voor strafgedingen van niet-politieke aard op verzoek uittreksels uit het strafregister en andere inlichtingen omtrent criminele antecedenten.

Deze inlichtingen worden in dezelfde omvang verstrekt als voor strafgedingen van de aangezochte staat.

De Nederlandse rechters, belast met de behandeling van strafzaken, en leden van het Nederlandse openbaar ministerie wenden zich met een verzoek om een uittreksel uit het strafregister

tot de Oberstaatsanwalt bij het Landgericht, binnen wiens ambtsgebied de geboorteplaats is gelegen, indien de betrokkene op het grondgebied van de Bondsrepubliek Duitsland is geboren;

tot de Generalstaatsanwalt bij het Landgericht te Berlijn (West), indien de betrokkene te Berlijn is geboren;

tot de Oberbundesanwalt bij het *Bundesgerichtshof* — *Bundesstrafregister* — te Berlijn-Charlottenburg, Soorstrasse 84, indien de betrokkene buiten het grondgebied van de Bondsrepubliek en van het land Berlijn is geboren of zijn geboorteplaats onzeker of onbekend is.

De Duitse rechters, belast met de behandeling van strafzaken, en leden van het Duitse openbaar ministerie (*Staatsanwaltschaft*) wenden zich met een verzoek om een uittreksel uit het strafregister

tot de officier van justitie, binnen wiens ambtsgebied de geboorteplaats is gelegen, indien de betrokkene op het Europese grondgebied van het Koninkrijk der Nederlanden is geboren;

en in andere gevallen tot het Ministerie van Justitie te 's-Gravenhage.

8. a. Het Uitleveringsverdrag vormt geen grondslag voor rechtshulp in strafzaken betreffende zuiver militaire delicten.

b. Rechtshulp ingevolge artikel 12 van het Uitleveringsverdrag kan slechts worden geweigerd, indien de verdachte zich op het grondgebied van de aangezochte staat bevindt en het bevoegde rechterlijke orgaan van deze staat verklaart, dat het de verdachte terzake van het strafbare feit, in verband waarmede rechtshulp wordt gevraagd, zelf zal vervolgen, dan wel dat het de strafvervolgning reeds heeft aangevangen of voltooid.

c. Rechtshulp wordt niet verleend indien daardoor essentiële belangen van de aangezochte staat in gevaar gebracht zouden kunnen worden.

9. Verzoeken om rechtshulp en de daarbij behorende bescheiden kunnen steeds door de rechterlijke organen van de ene staat rechtstreeks aan die van de andere staat worden toegezonden.

De partijen bij deze overeenkomst zullen elkander over en weer een opgave verstrekken van de autoriteiten die tot het doen en tot het ontvangen van verzoeken om rechtshulp bevoegd zijn.

10. Artikel 13 van het verdrag is ook van toepassing op deskundigen.

De verzoekende autoriteit zal in het verzoek om uitnodiging van een getuige of deskundige het te verwachten bedrag van de toe te kennen schadeloosstelling mededelen.

11. Toevoeging van vertalingen in de taal van de andere staat kan in het uitleveringsverkeer en in het overige rechtshulpverkeer niet worden gevorderd.

12. De uitwisseling van gegevens omtrent veroordelingen overeenkomstig artikel 16 van het verdrag omvat mede overtredingen welke in het strafregister worden aangekend.

De uitwisseling geschiedt in die voege, dat telkens na drie maanden afschriften van strafbladen door het Bondsministerie van Justitie aan het Nederlandse Ministerie van Justitie, en omgekeerd, worden toegezonden.

13. Verzoekt de civiele rechter of een administratief orgaan rechtshulp door verstrekking van een uittreksel uit het strafregister, dan moet het verzoek worden gemotiveerd. Indien zodanig verzoek van Nederlandse, onderscheidenlijk Duitse, zijde wordt gedaan, dan moet het tot het Bondsministerie van Justitie, onderscheidenlijk tot het Nederlandse Ministerie van Justitie, worden gericht.

14. De overeenkomst is aan Duitse zijde ook verbindend voor het land Berlijn, voorzover de regering van de Bondsrepubliek niet binnen een termijn van drie maanden na het inwerkingtreden van de overeenkomst tegenover de regering van het Koninkrijk der Nederlanden het tegendeel verklaart.

Zij is wat het Koninkrijk der Nederlanden betreft slechts verbindend voor Nederland. Bij nadere notawisseling kan de overeenkomst, al dan niet gewijzigd, worden uitgebreid tot een of meer van de overzeese delen van het Koninkrijk der Nederlanden.

15. De overeenkomst is van toepassing op feiten welke na 26 juli 1951 zijn begaan.

Ik heb de eer Uwer Excellentie voor te stellen, dat, ingeval de overeenkomst de goedkeuring van de regering van het Koninkrijk der Nederlanden heeft, met de onderhavige nota en Uw antwoordnota de overeenkomst als tot stand gebracht zal worden beschouwd."

Ik heb de eer Uwer Excellentie mede te delen, dat de Nederlandse Regering ermee instemt dat de hierboven aangehaalde overeenkomst wederzijds als verbindend wordt beschouwd tussen het Koninkrijk der Nederlanden en de Bondsrepubliek Duitsland.

De bij deze notawisseling tussen onze Regeringen tot stand gekomen overeenkomst zal in werking treden op 1 december 1956.

Ik maak van deze gelegenheid gebruik, Mijnheer de Ambassadeur, U de hernieuwde verzekering te geven van mijn bijzondere hoogachting.

(w.g.) J. LUNS

Zijner Excellentie Dr. Hans Mühlendorf
Buitengewoon en Gevolmachtigd
Ambassadeur van de Bondsrepubliek Duitsland

[TRANSLATION]

MINISTRY OF FOREIGN AFFAIRS

No. 159196

The Hague, 1 December 1956

Your Excellency,

I hereby acknowledge receipt of your note No. 541-01/2192 of today's date, reading as follows :

[See note I]

I have the honour to inform you that the Netherlands Government agrees that the Agreement referred to above shall be binding between the Kingdom of the Netherlands and the Federal Republic of Germany.

The Agreement between our Governments constituted by this exchange of notes shall enter into force on 1 December 1956.

I have the honour to be, etc.

(Signed) J. LUNS

His Excellency
Dr. Hans Mühlenfeld
Envoy Extraordinary
and Ambassador Plenipotentiary
of the Federal Republic
of Germany

[TRADUCTION]

MINISTÈRE DES AFFAIRES ÉTRANGÈRES

N° 159196

La Haye, le 1^{er} décembre 1956

Monsieur l'Ambassadeur,

J'ai l'honneur d'accuser réception de la lettre de Votre Excellence en date de ce jour, n° 541-01/2192, dont la teneur est la suivante :

[Voir note I]

J'ai l'honneur de faire savoir à Votre Excellence que le Gouvernement des Pays-Bas accepte que l'Accord précité soit considéré comme liant mutuellement le Royaume des Pays-Bas et la République fédérale d'Allemagne.

L'Accord établi par le présent échange de notes entre nos deux Gouvernements entrera en vigueur le 1^{er} décembre 1956.

Je saisis, etc.

(Signé) J. LUNS

A Son Excellence
Monsieur Hans Mühlenfeld
Ambassadeur extraordinaire
et plénipotentiaire
de la République fédérale
d'Allemagne

EXCHANGE OF NOTES SUPPLEMENTARY TO THE AGREEMENT ON EXTRADITION OF 1 DECEMBER 1956¹ BETWEEN THE NETHERLANDS AND THE FEDERAL REPUBLIC OF GERMANY. THE HAGUE, 14 AND 27 MAY 1957

ÉCHANGE DE NOTES SUPPLÉMENTAIRES À L'ACCORD DU 1^{er} DÉCEMBRE 1956¹ ENTRE LES PAYS-BAS ET LA RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE D'ALLEMAGNE RELATIF À L'EXTRADITION. LA HAYE, 14 ET 27 MAI 1957

I

[GERMAN TEXT — TEXTE ALLEMAND]

BOTSCHAFT DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

DEN HAAG

541/01/56/IV

Die Botschaft der Bundesrepublik Deutschland beehrt sich, unter Bezugnahme auf den am 1. Dezember 1956 vollzogenen Notenwechsel, mit dem die Wiederanwendung des Auslieferungsvertrages zwischen dem Deutschen Reich und den Niederlanden vom 31. Dezember 1896 im Verhältnis zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Niederlanden vereinbart wurde, im Auftrage ihrer Regierung vorzuschlagen, die in Ziffer 14 des Notenwechsels enthaltene Frist zur Abgabe einer Erklärung der Regierung der Bundesrepublik Deutschland, mit der die Einbeziehung des Landes Berlin in den Geltungsbereich dieser Vereinbarung ausgeschlossen wird, bis zum 31. Juli 1957 zu verlängern.

Die Botschaft benützt auch diese Gelegenheit, dem Ministerium der Auswärtigen Angelegenheiten den Ausdruck ihrer ausgezeichnetsten Hochachtung zu erneuern.

Den Haag, den 14. Mai 1957

An das Ministerium der Auswärtigen Angelegenheiten

Den Haag

¹ See p. 128 of this volume

¹ Voir p. 128 de ce volume.

[TRANSLATION]

EMBASSY OF THE FEDERAL REPUBLIC
OF GERMANY
THE HAGUE

541/01/56/IV

The Hague, 14 May 1957

The Embassy of the Federal Republic of Germany has the honour to refer to the exchange of notes which took place on 1 December 1956,¹ by which the application anew of the Extradition Agreement of 31 December 1896² between the German Empire and the Netherlands to the relations between the Federal Republic of Germany and the Netherlands was agreed and to propose, on the instructions of its Government, that the time-limit fixed in paragraph 14 of the exchange of notes for the delivery of a declaration by the Government of the Federal Republic of Germany to exclude the application of this Agreement to the *Land* Berlin, shall be extended to 31 July 1957.

The Embassy has the honour, etc.

Ministry of Foreign Affairs
The Hague

[TRADUCTION]

AMBASSADE DE LA RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE
D'ALLEMAGNE
LA HAYE

541/01/56/IV

La Haye, le 14 mai 1957

L'Ambassade de la République fédérale d'Allemagne, se référant à l'échange de notes intervenu le 1^{er} décembre 1956¹, qui a remis en vigueur, entre la République fédérale d'Allemagne et le Royaume des Pays-Bas, le Traité d'extradition conclu le 31 décembre 1896² entre l'Empire allemand et les Pays-Bas, a l'honneur de proposer, d'ordre de son Gouvernement, que le délai prévu au paragraphe 14 de l'échange de notes pour l'envoi par le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne, d'une déclaration excluant le *Land* de Berlin du domaine d'application dudit Accord, soit prolongé jusqu'au 31 juillet 1957.

L'Ambassade saisit, etc.

Au Ministère des affaires étrangères
La Haye

¹ See p. 128 of this volume.

² De Martens, *Nouveau Recueil général de Traités*, deuxième série, tome XXIII, p. 423.

¹ Voir p. 128 de ce volume.

² De Martens, *Nouveau Recueil général de Traités*, deuxième série, tome XXIII, p. 423.

II

[DUTCH TEXT — TEXTE NÉERLANDAIS]

MINISTERIE VAN BUITENLANDSE ZAKEN
DIRECTIE ALGEMENE ZAKEN

DAZ/JZ-71194

Het Ministerie van Buitenlandse Zaken biedt zijn complimenten aan de Ambassade van de Bondsrepubliek Duitsland aan en heeft de eer Haar, met verwijzing naar Haar nota van 14 mei 1957, no. 541-01/56/IV, te doen weten, dat de Nederlandse Regering er mede instemt dat de termijn bedoeld onder No. 14 van de briefwisseling van 1 december 1956, betreffende de wedertoe-passing van het op 31 december 1896 tussen Nederland en Duitsland gesloten uitleveringsverdrag, wordt verlengd tot 31 juli 1957.

's-Gravenhage, 27 mei 1957

Aan de Ambassade van de Bondsrepubliek Duitsland
te 's-Gravenhage

[TRANSLATION]

MINISTRY OF FOREIGN AFFAIRS
DEPARTMENT OF GENERAL AFFAIRS

DAZ/JZ-71194

The Ministry of Foreign Affairs presents its compliments to the Embassy of the Federal Republic of Germany and has the honour to inform it, with reference to its note of 14 May 1957, number 541-01/56/IV, that the Netherlands Government agrees that the time-limit fixed in paragraph 14 of the exchange of notes of 1 December 1956 concerning the application anew of the Extradition Treaty of 31 December 1896 between the Netherlands and Germany shall be extended to 31 July 1957.

The Hague, 27 May 1957

To the Embassy of the Federal
Republic of Germany
The Hague

[TRADUCTION]

MINISTÈRE DES AFFAIRES ÉTRANGÈRES
DIRECTION DES AFFAIRES GÉNÉRALES

DAZ/JZ-71194

Le Ministère des affaires étrangères présente ses compliments à l'Ambassade de la République fédérale d'Allemagne et, se référant à la note de l'Ambassade en date du 14 mai 1957, n° 541-01/56/IV, a l'honneur de lui faire savoir que le Gouvernement des Pays-Bas accepte de prolonger jusqu'au 31 juillet 1957 le délai indiqué au paragraphe 14 de l'échange de notes du 1^{er} décembre 1956 concernant la remise en vigueur du Traité d'extradition conclu le 31 décembre 1896 entre les Pays-Bas et l'Allemagne.

La Haye, le 27 mai 1957

À l'Ambassade de la République
fédérale d'Allemagne
La Haye